

# Der Corona-Spaziergang am 3. Januar 2022 in Karlsruhe

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts

ka-gegen-rechts.de/dossiers

(Dossier 174)

Ende Dezember 2021 hatte die Zweite Welle der Corona-Proteste bundesweit an Fahrt aufgenommen. Die Politik und die Behörden hatten sich bundesweit verständigt, die unangemeldete Spaziergangskultur nicht mehr hinnehmen zu wollen. Ein Spannungsfeld, das sich schon bald würde entladen können. Zumal man auf staatlicher Seite zunehmend auf Härte setzte.

**SWR» AKTUELL**

25. Dezember 2021

Die Polizei hat am Montagabend in der Mannheimer Innenstadt nicht angemeldete Versammlungen mit 800 Menschen aufgelöst. Dabei wurden 13 Beamte verletzt. Jetzt soll sich der Landtag damit beschäftigen.

SPD-Abgeordnete um den Mannheimer Boris Weirauch haben beantragt, dass der Innenausschuss des Landtags sich mit den Corona-Protessen beschäftigt. Die Grünen hätten sich dem angeschlossen. Weirauch fordere zudem ein härteres Vorgehen bei Ausschreitungen in "beschleunigten Verfahren".

**SWR» AKTUELL**

25. Dezember 2021

Seit Wochen versammeln sich Gegner der Corona-Politik in verschiedenen Orten Baden-Württembergs zu sogenannten "Spaziergängen". Einige Kommunen verbieten diese nun.

Durch die Tarnung als "Spaziergang" konnten die Teilnehmenden eine Anmeldung der Zusammenkünfte umgehen - offizielle Proteste müssen vorab bei den Behörden angemeldet werden. Um diese Rechtslücke nun zu schließen, ziehen immer mehr Kommunen Konsequenzen und verbieten die Versammlungen.

**Volksstimme** 16.12.2021

## Emotionale Debatte im Magdeburger Landtag: Friedliche Bürger von Extremisten unterscheiden

In einer zum Teil sehr emotionalen Debatte hat der Landtag über die Proteste gegen Corona-Maßnahmen beraten. Wie sollen Verstöße künftig sanktioniert werden? Mehrere Fraktionen fordern ein härteres Durchgreifen der Polizei.



31.12.2021

**HÄRTERES DURCHGREIFEN BEI CORONA-PROTESTEN**

Im Bereich der Polizeidirektion Oldenburg zieht der Protest gegen die Corona-Maßnahmen immer mehr Menschen an: Diese Demos sind oftmals nicht angemeldet, fast 100 Verfahren wurden inzwischen eingeleitet. Die Polizei will nun hart durchgreifen.

**SPIEGEL**

31. Dezember 2021

## Landkreise verlangen Auflösung gewaltsamer Corona-Demonstrationen

Die deutschen Landkreise haben ein hartes Vorgehen des Staates gegen gewaltsame Corona-Demonstrationen gefordert. Zwar sei das Recht, gegen die Coronapolitik auf die Straße zu gehen, vom Grundgesetz geschützt, sagte Landkreistagspräsident Reinhard Sager den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. »Das muss aber friedlich geschehen«, sagte er weiter.

In den vergangenen Wochen war es an unterschiedlichen Orten immer wieder zu Ausschreitungen bei Protesten gegen Corona-Regeln oder zu Drohungen gegen Politikerinnen und Politiker gekommen. An den Demonstrationen hatten sich vielerorts auch Rechtsextreme beteiligt oder diese sogar organisiert. Sehr häufig wurden auch Vorgaben wie Abstandsregeln oder die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nicht eingehalten.

**BRAUNSCHWEIGER  
ZEITUNG**

## Anti-Corona-Demos: Niedersachsen fordert Bundespolizei an

30.12.2021

Die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen ziehen nach Polizeiangaben in **Niedersachsen** immer mehr Menschen an. Das Verhalten der Demonstranten sei dabei zunehmend unkooperativ, erklärte Landespolizeipräsident Axel Brockmann am Donnerstag.

Mit Blick auf weitere **Demonstrationen** kündigte er deshalb ein härteres Durchgreifen der **Polizei** an, um Auflagen wie die Maskenpflicht durchzusetzen und Verstöße zu ahnden.

Am Ende entscheidet die Einsatzleitung, was angemessen ist. Und sie darf sich von markigen oder verharmlosenden Ansagen von Politikerinnen und Politikern nicht zu sehr beeinflussen lassen. Gegen die Corona-Maßnahmendemos, die seit fast zwei Jahren das Land überziehen, hat die Polizei immer noch nicht das richtige Mittel gefunden.

Es ist eine neue Art von Aggression, die von ihnen ausgeht. Bürgerlich gekleidetes Publikum, Kinder in der ersten Reihe, vermischt mit gewaltbereiten Rechtsextremen, fundamentalegoistisch gegen alle gesellschaftlichen Normen in der Pandemie eingestellt. Die Polizisten sind für sie „Besitzer“, „Söldner“ und „Faschisten“.

Die Polizei zeigte in ihrem Umgang mit den unangemeldeten unter den Corona-Spaziergängen in der Vergangenheit drei Taktiken.

Diese reichten von Tolerieren über Steuern hin zum Verhindern und abscheckenden Abstrafen.

Drei Beispiele vom 29. Dezember 2021:

## 1. Nebenherlaufen und die Tricks tolerieren.

### 160 Teilnehmer bei "Corona-Spaziergang" durch Achim WESER KURIER 30.12.2021

Eine Anmeldung bei der zuständigen Versammlungsbehörde hatte es im Vorfeld nach Angaben der Polizei nicht gegeben. Gleichwohl hatte die Polizeiinspektion Verden/Osterholz durch eigene Recherchen bereits von der geplanten Veranstaltung Kenntnis genommen und war vor Ort im Einsatz. Die Veranstaltung wurde von den Initiatoren als Kohltour titulierte und abgehalten. Nach dem Niedersächsischen Versammlungsgesetz handelte es sich laut Polizei jedoch um eine Versammlung.

Begleitet von den Beamten zogen die rund 160 Menschen bei strömendem Regen los und trafen gegen 19 Uhr vor dem Rathaus ein.

## 2. Zu einer Versammlung erklären und diese steuern.

### inFranken.de "Corona-Spaziergänge" in Nürnberg 30. Dezember 2021

Gegen 19.15 Uhr habe sich eine Gruppe von etwa **100 Personen mit Trillerpfeifen und anderen Kundgebungsmitteln** vor dem Rathaus am Nürnberger Hauptbahnhof eingefunden. Diese hätten sich dann in Bewegung gesetzt "in der mutmaßlichen Absicht, einen Aufzug bilden zu wollen". Die Polizei stoppte die Gruppe und wies die Teilnehmer mittels Lautsprecherdurchsagen darauf hin, dass es sich bei dem Aufzug um eine nicht angemeldete Versammlung nach dem Versammlungsgesetz handelt.

"Die Einsatzleitung verwies insbesondere auf das **Einhalten des vorgeschriebenen Mindestabstands**", schreibt das Präsidium. Die Polizei habe zudem als versammlungsrechtliche Beschränkung die zu laufende Aufzugstrecke festgelegt.

Der Aufzug setzte sich in Begleitung der Polizei in der Folge in Bewegung. In der Spitze nahmen an der Versammlung etwa 1300 Personen teil, so die Polizei. Der Aufzug sei störungsfrei verlaufen, der vorgeschriebene Mindestabstand der Teilnehmer untereinander sei größtenteils eingehalten worden.

## 3. Stoppen, platzverweisen und mit abschreckenden Anzeigen überhäufen.

### Spaziergang in Zella-Mehlis

### in Südthüringen.de Polizei schickt Bürger nach Hause 30.12.2021

**Überwiegend friedlich, ohne Plakate und Trillerpfeifen, haben am Mittwoch etliche Zella-Mehliser gegen die Corona-Regeln protestiert. Erlaubt war der Spaziergang mit rund 150 Teilnehmern trotzdem nicht. Die Polizei griff ein.**

Die Polizei zählte am Mittwochabend etwa 150 Teilnehmer, die sich auf dem Rathausvorplatz und entlang der Hauptstraße versammelt hatten. Aus Suhl, Gotha, Erfurt und Nordhausen waren Polizisten vor Ort, um die Spaziergänger – wie sie sich selbst bezeichnen – davon abzuhalten, loszulaufen.

„Wir haben zuerst das Gespräch mit dem Einzelnen gesucht und erklärt, dass solch ein großer Aufzug nicht zulässig ist“, informiert Stephan Lörtzing von der Sühler Polizei. Als nur wenige diesen Bitten Folge leisteten, haben die Beamten eine Lautsprecherdurchsage gemacht, schildert der Polizist. Daraufhin verteilten sich die Zella-Mehliser auf drei Gruppen zu je 40 bis 60 Mann und marschierten in drei verschiedene Richtungen los, schildert Stephan Lörtzing das Erlebte. Auch die Polizisten teilten sich auf. Diejenigen, die in Richtung Talstraße und Rodebachstraße liefen, seien nach etwa 30 Minuten gestoppt worden. Einzelne oder in kleinen Gruppen wurden die Zella-Mehliser nach Hause geschickt. Am Denkmal konnten die Beamten schließlich auch die restlichen Spaziergänger aufhalten. Anzeigen wurden nicht erstattet, aber Ordnungswidrigkeiten – wie fehlender Abstand oder die fehlende Maske im Gesicht – wurden geahndet. Im Großen und Ganzen sei die Stimmung friedlich gewesen. Nur einzelne Bürger seien verbal entgleist. Jetzt werde das angefertigte Videomaterial ausgewertet. „Wenn wir darauf Leute wiedererkennen können, dann werden wir eventuell Anzeigen vorlegen“, sagt der Polizist.

Das *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* veröffentlichte im März 2021 eine Studie<sup>1</sup> unter dem Titel: „Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland“. Die zentrale These lautete: Dieser Protest besitzt ein erhebliches und relativ stabiles Mobilisierungspotenzial in der deutschen Bevölkerung. Es besteht zu einem großen Teil aus einer von den etablierten Parteien nicht repräsentierten politischen Mitte, die der staatlichen Politik insgesamt misstrauisch gegenübersteht. Das Mobilisierungspotential tendiert über Zeit zunehmend nach rechts und besitzt Anfälligkeit für Verschwörungstheorien.


Die Coronaproteste der Zweiten Welle waren dezentral und heterogen. In der Regel sah man sich als eine Friedensbewegung, als eine Wahrheitsbewegung. Deutliche Teile der Bewegung wirkten spirituell-esoterisch motiviert.

Unter den dabei politisch bedenklichen Weltbildern waren jene führend, die auf Holocaust-Vergleichen basierten: Die Ungeimpften waren „die Juden“ und die BRD eine „faschistische Diktatur“. Hinzu kamen viele Elemente aus den Denkkosmen der NWO-Mahnenden gepaart mit antisemitischen Stereotypen. Hier lieferten VertreterInnen der Neuen Rechten (*Compact, Freie Sachsen, PI-News*) immer wieder Impulse im Internet,

Eine wesentlich kleinere Corona-Szene hatte sich aus langjährigen 'klassischen' Rechtsextremen gebildet. Diese versuchten, sich als legitimer Baustein der Proteste einzubringen, bis sie vom Gegenprotest bzw. den Medien geoutet wurden.

Im fränkischen Ebern beispielsweise hatte sich seit November 2021 eine Demo-Reihe etabliert, an der sich das pegida-ähnliche *Kollektiv Zukunft Schaffen Heimat Schützen* (mit der selbstgewählten Abkürzung *KZSHS*) und die rechtsextreme Partei *Der Dritte Weg* durch Mobilisierung und die Teilnahme im vorderen Viertel der Demozüge beteiligten. Am 29. Dezember 2021 lag der Anteil der teilnehmenden 'klassischen' Rechtsextremen laut Polizeiangaben 5%. Mit Dunkelziffer dürfte man auf 10% kommen. Ein Anteil, der in Eberner nicht unerwidert geblieben war:

Aktion gegen Rechtsextremismus und Querdenker

**inFranken.de**  
30. Dezember 2021

## Braune Tonnen gegen Corona-Demo Bürgermeister ruft zu Protest auf

In Ebern haben am 29. Dezember 2021 rund 450 Menschen an einer unangemeldeten Corona-Demonstration teilgenommen. Im Vorfeld hatten Bürgermeister und Stadträte zu einer Protestaktion aufgerufen. Über soziale Netzwerke habe es Aufrufe zu einem "Abendspaziergang gegen die Spaltung" gegeben. Um ein Zeichen gegen beteiligte Rechtsextreme und Querdenker zu setzen, rief Hennemann die Bürger\*innen in einem Schreiben dazu auf, ihre braunen Mülltonnen vors Haus zu stellen. (...) Gemeinsam mit den Stadträten habe Hennemann im Vorfeld der Demonstration entschieden, "Wir wollen kein rechtsextremes Gedankengut in Ebern haben. Wir wollten die Bürger aufrütteln und vermitteln, dass es nicht okay ist, wenn Rechtsextreme diese Demonstrationen für sich nutzen und sich damit brüsten." (...) Unter den etwa 450 Teilnehmenden seien 20 Personen aus der rechtsextremen Szene gewesen, so das Polizeipräsidium Unterfranken.

<sup>1</sup> <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf>

Politik und Behörden hatten vor Silvester 2021 systematisch damit begonnen, den Corona-Protesten das Leben schwer zu machen und alles, was juristisch ging, im Vorfeld bereits zu verbieten .... ein langer, umfassend recherchierter FAZ-Artikel vom 30. Dezember 2021, der einen Eindruck über die Breite der Situation gibt, aber auch über deren strukturelle Chaotik.

**Franfurter Allgemeine**

30.12.2021

## Wie Kommunen gegen sogenannte „Spaziergänge“ vorgehen

Nach anhaltenden Verstößen und Ausschreitungen verbieten immer mehr Kommunen im Süden und im Südwesten Deutschlands unangemeldete Versammlungen und „Spaziergänge“ zum Protest gegen Corona-Maßnahmen oder verfügen strenge Auflagen.


In Baden-Württemberg haben nach Städten wie Mannheim und Karlsruhe, Crailsheim, Schwäbisch Hall und Bad Mergentheim nun auch Bruchsal und Stuttgart entsprechende Verbote ausgesprochen und Allgemeinverfügungen erlassen. Allerdings gehen Gegner der Corona-Maßnahmen trotzdem in vielen Städten und Gemeinden weiterhin auf die Straßen. In Stuttgart sind von Jahresbeginn an und für den gesamten Monat alle unangemeldeten und als „Spaziergänge“ deklarierten Demonstrationen gegen die Corona-Verordnung in der Innenstadt untersagt, wie die Stadt am Donnerstag mitteilte. Zuvor hatte auch Bruchsal ein Verbot bis Ende Januar verkündet. In Mannheim, Speyer, Karlsruhe und Bretten sind die unangemeldeten Proteste, zu denen über soziale Netzwerke aufgerufen wird, bereits für unterschiedliche Zeiträume untersagt. Es sei bei bisherigen „Spaziergängen“ vorsätzlich gegen das Versammlungsrecht sowie gegen die Masken- und die Abstandspflicht verstoßen worden, begründete die Stadt Stuttgart ihre Entscheidung. Außerdem zeigten Erfahrungen anderer Städte wie Mannheim, München oder Schweinfurt, dass die Aktionen zunehmend aggressiver und gewaltbereiter verliefen. Bei den Protesten handele es sich um Demonstrationen, „die bewusst nicht bei den Behörden angemeldet werden, um eventuelle corona- und versammlungsrechtliche Auflagen zu umgehen“, begründet das Ordnungsamt das Vorgehen zudem.

Auch in Bayern gehen immer mehr Kommunen gegen die unangemeldeten Versammlungen und „Spaziergänge“ zum Protest gegen Corona-Maßnahmen vor. Die Stadt München teilte am Donnerstag mit, dass am 1., 3. und 5. Januar „im gesamten Stadtgebiet alle stationären oder sich fortbewegenden Demos“ gegen die Corona-Politik verboten sind, wenn sie nicht vorher angemeldet werden. Ziel sei, „einem Wildwuchs an in keiner Weise vertretbaren Demos mit zum Teil gewaltbereiten Teilnehmenden vorzubeugen“, bei denen weder Abstände eingehalten noch Masken getragen werden. Gegen jeden Teilnehmer könne ein Bußgeld bis zu 3000 Euro verhängt werden. In München waren am Mittwoch trotz Verbots abermals mehrere tausend Menschen durch die Innenstadt gezogen. Die Polizei stellte Personalien fest, erteilte 1300 Platzverweise und zeigte rund 700 Demonstranten wegen Ordnungswidrigkeit an. Sie müssten in Kürze mit Bußgeldbescheiden rechnen, teilte die Stadt mit. Die Stadt Augsburg ordnete für sogenannte Spaziergänge von mehreren hundert Teilnehmern vom 1. bis 3. Januar Maskenpflicht und Mindestabstand an. Die Stadt Würzburg verbot „Spaziergänge“ von Querdenkern ab Donnerstagabend und erlaubte bis 9. Januar nur noch stationäre Kundgebungen mit höchstens 250 Menschen, die Abstand halten und Maske tragen müssen. Auch das Landratsamt Nördlingen beschränkte für Donnerstagabend und für Montag geplante „Spaziergänge“ örtlich und zeitlich und ordnete Abstand und Maskenpflicht an. Das Landratsamt Rosenheim verfügte ebenfalls, dass ein am Montag geplanter „Laternenspaziergang“ durch Wasserburg nur stationär und mit Abstand und Maske stattfinden darf. In Straubing sind ab Freitag „nur noch ortsfeste Versammlungen im Zusammenhang mit sogenannten „Corona-Spaziergängen“ zulässig“, die vorher angemeldet wurden.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte in seiner vorab verbreiteten Neujahrsansprache, Corona habe Gräben in der Gesellschaft aufgerissen. „Wir dürfen daher Corona nicht nur virologisch sehen, sondern müssen auch versuchen, unsere Gesellschaft wieder zu heilen und zu versöhnen. Das ist sicherlich die wichtigste Aufgabe neben der Pandemiebekämpfung.“ Aber Bayern biete „all denen entschlossen die Stirn, die unter dem Deckmantel von Corona versuchen, unsere Demokratie auszuhöhlen“.

## Neujahrsgrüße diverser Coronaprotest-Anbieter für den Jahreswechsel 2021 auf 2022

Die *Freien Sachsen* und *Freien Thüringer* zählten zur Patriotischen Corona-Szene, das Offenburger Projekt *Zeig Dein Gesicht für die Grundrechte* war ein Grenzgänger: Im Jahr 2020 hatte man sich noch deutlich von Marco Kurz und dessen patriotischem Projekt *Widerstand Offenburg* distanziert, um dann im Frühjahr 2021 mehrfach mit ihm zusammen Demos in Ottersweier abzuhalten<sup>2</sup>. Das *Kandel-Team 2020* war der Internetauftritt des *Frauenbündnis Kandel*.

 **Freie Sachsen**  
127K subscribers

30. Dezember 2021

Wir wünschen allen Mitstreitern einen guten Übergang in das Jahr 2022!

Verbringt Zeit im Kreise eurer Bekannten und Freunde, lasst es ordentlich krachen - verhaltet euch, wie sich freie Bürger verhalten. Und lasst uns im nächsten Jahr unseren friedlichen, aber hartnäckigen Bürgerprotest genauso kraftvoll fortsetzen, wie er im alten Jahr aufgehört hat. Der Regierung steht die Panik im Gesicht, es kommt die Zeit der politischen Neuorganisation, in der Bürger wieder ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Holen wir uns 2022 unsere Freiheit zurück und schaffen wir auch Grundlagen für die sächsische Freiheit. Die Zeit der Berliner Zentralregierung und ihrer Kolonialbeamten in den Ländern läuft ab!

**FREIE THÜRINGER** 30. Dezember 2021  
Forwarded from 🇩🇪 Deutschland steht auf! 🇩🇪

**Prost auf diejenigen von uns**



die das Jahr 2021 mit intakter menschlicher DNA abschließen werden

So, Ihr Lieben, wir wünschen Euch eine schöne Silvesternacht und ein gutes, spritzenfreies & standhaftes, friedliches 2022!

 **Zeig Dein Gesicht für die Grundrechte**  
26. Dezember 2021  
Was erwartet ihr für 2022?



DAS JAHR IN DEM  
VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN  
ZUR SICHERSTEN  
NACHRICHTENQUELLE WURDEN

**Kandel - Team 2020** 30. Dezember 2021  
1.21K subscribers

Wir alle erleben gerade einen fundamentalen Zeitenwandel. Die erste Generation in Deutschland, die ohne kriegerische Auseinandersetzung mit anderen Staaten aufwächst, sieht sich einem beispiellosen Krieg gegen sich selbst tief aus dem Inneren des Bösen im eigenen Land ausgesetzt.

Was mit dem Mauerfall von 1989 beginnt und wie eine feindliche Übernahme des "Westens" gegenüber dem "Osten" erscheint, entpuppt sich sehr schnell als das genaue Gegenteil.

Die alten Stasi-Kader erobern, zunächst unbemerkt, Amt um Amt, Behörde um Behörde, bis sie schließlich unter IM Erika die Zerstörung alles Deutschen vehement vorantreiben.

Unser Dank gilt allen alten und neu hinzugekommenen Followern, unseren Kommentatoren für ihre aufmunternden und oft auch kritischen Worte und ganz besonders unseren Zuarbeitern, die uns mit Bildern und Nachrichten unterstützen, auch wenn wir nur einen kleinen Teil davon veröffentlichen.

Reißen wir alle zusammen das Ruder herum!

**Kandel - Team 2020** 1. Januar 2022



Knallige Grüße aus der Pfalz an alle Regierenden  
Jede Rakete, jeder Böller eine schallende Ohrfeige für die Seefeldts, die Hirschs, die Dreyers, die Kretschmanns, die Lauterbachs, die Wielers, die Scholz' und ihre ganze korrupte Sippschaft im Land! Es waren Abermillionen.  
Frohes Neues Jahr! Auf die Freiheit!

Anspielung auf das bundesweite Böllerverbot zu Silvester

**Kandel - Team 2020** 29. Dezember 2021

**COMPACT** 

Das wirkt!! Tausende Krankenschwestern und Pfleger zum Impfstreik gegen Impfpflicht bereit!



Impfstreik

"Sand ins Getriebe" - Das Motto für das Jahr 2022  
Jeder ist gefordert, jeder kann dazu beitragen auf dem Weg in eine menschliche Zukunft.

<sup>2</sup> vgl. die Dossiers 160, 165a und 166 unter [www.ka-gegen-rechts.de/dossiers](http://www.ka-gegen-rechts.de/dossiers)

Marco Kurz, Ex-Frauenbündnis-Kandel-Chef und badischer Demoveranstalter aus der rechtesten patriotischsten Ecke, konnte auch bei seinen Neujahrsgedanken nicht umhin, sich als den Superwiderständler zu zeichnen, dem die ScheinwiderständlerInnen nicht zuhören wollen würden. Sein politischer und privater Mitstreiter Sven Liebich teilte einen besinnlichen telegram-Beitrag der NRW-AfD und bewarb seine neue *Ungeimpft*-Kollektion „Ungeimpfter Spermaträger“. Ende 2020 hatte er mit seiner ersten Ungeimpft-Kollektion, die aus einer Adaption des 'Judensterns' basierte, bundesweit für Anstoß bzw. Begeisterung gesorgt. Mittlerweile ist das öffentliche Verknüpfen von Davidstern mit dem Wort „Ungeimpft“ strafbar<sup>3</sup>.

**⚠️ Marco Kurz - Wahrheitskanal!** 1. Januar 2022

Einen schönen guten Morgen ☺️☀️.  
 Ich wünsche heute kein gutes Neues Jahr sondern genau das Gegenteil!  
 Denn es muss noch viel schlimmer werden, damit eine Besserung in Sicht ist.  
 Wenn ich mir gerade den Himmel so anschau, könnte man meinen, das gestrige Feuerwerk hätte die Atmosphäre vernebelt. Tatsächlich war es bei uns um 0 Uhr überraschend laut und im Verhältnis zum Vorjahr ausgesprochen explosiv.  
 Was die Zukunft betrifft, halte ich mich dieses Mal mit Prognosen zurück, zumal bei dieser Menschheit tatsächlich alles möglich ist. Wenn man sich anschaut, wieviele aus dem sog. Widerstand von NWO, Gates, Päpsten und Co sprechen, sich aber eigentlich nur an den Coronamaßnahmen hochziehen, Freiheitslieder singen und gleichzeitig ihr Leben wie Kleinstkinder in die Hände von größtenteils vorgesetzten Hoffnungsparteien, Idolen und erträumten Befreier legen, sich als vermeintlich erwachsene Menschen in Q-Kanälen von einem Befreiungstermin zum Nächsten hangeln oder glauben, dass ein BlackRock-FriedrichMerz die CDU wieder wählbar machen könnte, dann kommt man gelegentlich auf den Gedanken, dass eine abgelegene kleine Insel doch gar nicht so schlecht wäre....wenn es sie nur gäbe.  
 Würde das System morgen die Maßnahmen lockern, die Montagsspaziergänge wären Geschichte, alle Opfer der Politik vergessen und die etablierten Kontrollmechanismen akzeptiert. Man kann wirklich nicht von einer aufgewachten Bewegung sprechen und daher reichen keine 3 Tage Dunkelheit, wie von einem Irlmaier prognostiziert, es müssen 300 werden.  
 Den mitlesenden wirklich Wachen wünsche ich Kraft, Durchhaltevermögen und Zusammenhalt im engsten Kreise!  
 Wir sehen uns auf der Straße.

**Sven Liebich Kanal** 31. Dezember 2021  
 10.5K subscribers

2022: Freiheit oder Zwang?  
 Als manche Zeitgenossen vor zwei Jahren die „neuen goldenen 20er Jahre“ heraufbeschworen, hätte sich wohl niemand träumen lassen, dass wir 2020 und 2021 als Untertanen eines übergeschnappten Hippiestaates fristen würden.  
 Ob Lebensfreude, Zuversicht, Menschlichkeit und Nähe jemals zurückkehren, hängt entscheidend von unserem Willen ab, friedlich für die Freiheit zu kämpfen!

Quelle AfD Fraktion NRW

**Sven Liebich Kanal** 1. Januar 2022  
 Forwarded from [politaufkleber.de](https://politaufkleber.de)



Besser, als es zu verwischen...  
<https://shirts.politaufkleber.de/ungeimpfter>

Im Sommer 2020 in Sven Liebichs Internet-Shop [politaufkleber.de](https://politaufkleber.de) noch erhältlich:

politaufkleber.de



ANGEBOT!

Ungeimpfte sind hier nicht erwünscht als Button, Kühlschranks magnet, Flaschenöffner oder Taschenspiegel

Produkt  
 Wähle eine Option

€1,50 – €4,90 inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten

politaufkleber.de



ANGEBOT!

Fußmatte Fußabtreter – 35 x 50 cm – Ungeimpfte sind hier nicht erwünscht Stern

€29,99 €24,99 inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten

1 In den Warenkorb

3 <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2021/09/berlin-verurteilung-volksverhetzung-gelber-davidstern-impfgegner-antisemitismus.html>  
<https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-leugner-judenstern-gerichtsurteil-holocaust-verharmlosung-1.5476560?reduced=true>

In einem Neujahrs-Interview vom 31. Dezember 2021 umriss Vera Lengsfeld die Dimension der aktuellen Corona-Protteste aus ihrer Sicht. Wie schon 2015 im Rahmen der Grenzöffnung für MigrantInnen attestierte sie auch jetzt: „Das politische Berlin hat den Kontakt zur Bevölkerung verloren oder eingestellt“.

Das Interview beleuchtet die Denkkosmen derjenigen Teile der Corona-Protteste, die sich als demokratische Freiheitsbewegung fühlten.

**TICHYS EINBLICK**

DAS LIBERAL-KONSERVATIVE MEINUNGSMAGAZIN

31. Dezember 2021

Der Umgang mit den Demonstranten ist  
eine unfassbare Arroganz der Macht

Wir erleben eine neue Protestwelle gegen die Corona-Maßnahmen in ganz Deutschland. Oftmals setzen sich die Demonstranten dabei selbst in die Tradition der Proteste vom Herbst 1989. Kann man die Situation vergleichen?

Erst einmal darf man alles mit allem vergleichen; es gibt auch kein Copyright auf die Demonstrationen von 1989. Natürlich ist die Situation heute eine andere als damals und die Repressionen waren andere. Wir müssen uns aber darüber im Klaren werden, dass auch eine demokratisch gewählte Regierung, ein demokratischer Rechtsstaat zum Maßnahmenstaat mutieren und autoritäre, sogar diktatorische Züge annehmen kann. Heute hört die Politik die Stimme der Bevölkerung nicht mehr oder will sie nicht hören. Auch 1989 sind die Menschen auf die Straße gegangen, weil die Kommunikation zwischen Volk und Regierung gestört war.

Aber die Dimension ist doch eine andere. Haben diese Proteste heute wirklich das Potenzial, etwas zu verändern?

Ich würde es so sagen: Die Bürger haben im Augenblick kaum eine andere Möglichkeit, um etwas zu verändern, als Druck in der Öffentlichkeit und vor allen Dingen auf der Straße zu entwickeln. Das politische Berlin hat den Kontakt zur Bevölkerung verloren oder eingestellt, und es gibt für viele keinen anderen Weg mehr, sich Gehör zu verschaffen, als auf die Straße zu gehen. Aber was sicherlich noch fehlt, ist ein gemeinsamer Aufruf, unter dem sich die Demonstranten in den verschiedenen Städten versammeln können. 1989 hat der Aufruf des Neuen Forums die vielen aufflammenden Demonstrationen unter ein Dach gebracht und so erst einen enormen politischen Druck aufgebaut. Dafür ist die Bewegung heutzutage noch zu zersplittert. [Aber es] stimmt mich hoffnungsvoll, dass es eben keine Aufrufe von irgendwem gibt, sondern einfach den massenhaften Beschluss, endlich nicht mehr zu schweigen und seine Stimme öffentlich kenntlich zu machen. Das ist eine neue Bewegung, die nicht mehr nur einzelne Gruppen betrifft, sondern tatsächlich relevante Teile der Bevölkerung, die sagen, dass sie mit dieser Art von Politik, wie sie betrieben wird, nicht mehr einverstanden sind. [Und] offensichtlich ist die Politik krampfhaft bemüht, diese Demonstrationen zu ignorieren. Der Umgang mit den Demonstranten ist eine unfassbare Arroganz der Macht, wie ich dachte, dass ich sie niemals wieder erleben würde. Die Regierenden geben sich völlig unbeeindruckt und können das, weil sie von den staatsnahen Medien dabei unterstützt werden. Ich wünsche mir von dieser Politik gar nichts mehr. Ich fordere von ihr, dass die berechtigten Fragen, die auf den Demonstrationen formuliert werden, endlich ernst genommen werden. Das betrifft die Wirksamkeit des Impfschutzes, die Evaluierung der Corona-Maßnahmen und das Zulassen anderer Meinungen, die Bekämpfung von Covid-19 betreffend. Wir haben inzwischen nicht mehr in erster Linie eine medizinische Krise, sondern eine politische, gesellschaftliche und auch eine veritable Wirtschafts- und Energiekrise. (...) Das Vorgehen der Polizei ist zum Teil wirklich schändlich. Bis vor wenigen Jahren genoss die Polizei in der Bevölkerung noch ein ziemlich hohes Ansehen, im Gegensatz zur Politik. Nun ist sie dabei, dieses Ansehen wegzuspraysen, wegzuknüppeln und wegzusperren. In normalen Zeiten hätte das auch einen Aufschrei verursacht. (...) Die Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik und die demokratischen Institutionen. [Sie merken,] man will keinen Widerspruch mehr haben, man duldet keine Andersdenkenden mehr. Das ist ein Sozialexperiment mit vielen Unbekannten und großen Risiken. Das politische Berlin scheint allerdings doch langsam Angst zu bekommen, dass man gegen das Volk auf die Dauer nicht regieren kann.

## Der für Anfang 2022 geplante „Impfstreik“

Weite Teile der Corona-Szene hofften auf einen „Impfstreik“, der das als feindlich empfundene staatliche System zum Einknicken bringen würde. Der erste Aufruf erfolgte am 13. Dezember 2021, einen Tag nach dem Beschluss des Bundestages zur berufsgruppenspezifischen Impfpflicht, die in erster Linie Pflegeberufe betraf. Diese würde ab März 2022 gelten ... Und im Januar 2022 sollten im Bundestag die Beratungen über eine allgemeine Impfpflicht beginnen. Im Frühjahr 2021 hatten fast ausnahmslos alle führenden PolitikerInnen die Einführung einer Impfpflicht noch ins Reich der Verschwörungsphantasien verwiesen. Anfang 2022 jedoch hatten fast ausnahmslos alle führenden PolitikerInnen grünes Licht signalisiert.

Der Aufruf zum „Impfstreik“ vom 13. Dezember 2021 entsprang einer Zusammenarbeit der *Freien Sachsen* mit *Compact*, *PI-News* und anderen, also einem weiteren Schulterchluss zwischen Alter und Neuer Rechten ... Der Begriff des „Impfstreiks“ war damit definiert und besetzt.



Die Corona-Diktatur erreicht ein neues Stadium. Nach Stilllegung der meisten Grundfreiheiten folgt die Abschaffung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit: Die Impfpflicht für alle droht! Jetzt soll keiner mehr der Spritze entkommen dürfen. Und: Kanzler Scholz hat angekündigt, dass der Impfstatus nach sechs Monaten verfällt – die Pharma-Lobby will uns lebenslang boostern.

Alle Hoffnungen, die Verantwortlichen zur Umkehr zu bewegen, waren vergebens. Die Riesendemonstrationen des Jahres 2020 wurden ignoriert, die Proteste 2021 unterbunden. Die Massenmedien und alle Altparteien haben sich gleichschalten lassen, auch das Bundesverfassungsgericht machte sich mit dem Regime gemein.

Seit die Impfpflicht angekündigt wurde, gibt es einen erfreulichen Aufschwung der Freiheitsbewegung überall im Land. Aber ob die Herrschenden darauf Rücksicht nehmen, ist zweifelhaft. Wenn nicht, bleibt uns eine letzte Möglichkeit, den Wahnsinn noch zu stoppen: der Impf-Streik, die schärfste Waffe der Gewaltlosen.

**Das Ziel: Mit einem unübersehbaren Fanal die Regierung dazu zu bringen, die Impfpflicht zurückzunehmen.**

Dies wäre selbstverständlich kein klassischer Streik Arbeiter gegen Unternehmer. Vielmehr sind alle im Volk aufgerufen, die jetzt unter dem Zwang des Corona-Regimes keine Luft mehr bekommen. Ganz dringend die Angehörigen der Pflege- und Krankenhausberufe, die als erste verpflichtend an die Nadel sollen und im Weigerungsfall mit Berufsverbot bedroht sind. Dann natürlich neben der großen Masse der Arbeitnehmer und Angestellten auch der gesamte Mittelstand, der schon durch den Lockdown abgewürgt wurde und vor dem Nichts steht. Und nicht zu vergessen: Schüler und Studenten, denen die Bildung geraubt wird, sowie Familien, die Angst um ihre Kinder haben.

Ein Impf-Streik ist ein mächtiges Instrument – aber zu diesem letzten Mittel können wir erst aufrufen, wenn

die Regierung uneinsichtig an der Impfpflicht festhält und die Justiz diesen Kurs unterstützt, womit das Grundrecht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit und damit ein Schlüsselement, das die freiheitliche Ordnung von einer Diktatur unterscheidet, abgeschafft ist. In diesem Fall findet das Widerstandsrecht aus Art 20,4 Grundgesetz Anwendung. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages stellten 2006 fest, «dass ein Generalstreik nur gerechtfertigt sein kann, wenn (...) sich die verfassungsmäßig berufenen Organe selbst von der grundgesetzlichen Ordnung abwenden».



### COMPACT 5/2021

#### WARUM MILLIONEN KEINE SPRITZE WOLLEN

Jürgen Elsässer (Herausgeber)

Wer sich nicht die Spritze setzen lässt, ist ein Gesundheitsschädling, ein Menschenfeind, zumindest aber ein egoistisches Subjekt.

Hatte nicht die Bundeskanzlerin auf dem G7-Gipfel Mitte Februar verkündet, die Pandemie sei erst vorbei, «wenn alle Menschen auf der Welt geimpft sind»? Und hatte uns nicht ihr Mochteger-Nachfolger Markus Söder Ende März eingehämmert: «Wir müssen Tempo machen. Jeder Tag zählt. Es kann nicht sein, dass einerseits zu wenig Impfstoff vorhanden ist, andererseits AstraZeneca in hohen Zahlen nicht verimpft wird. (...) Es darf keine Dosis übrig bleiben oder weggeschmissen werden. Jeder Geimpfte schützt sich und andere.»

Mit ähnlichen Worten hatte bereits ein anderer Kanzler zum Endkampf aufgerufen – nicht gegen das Virus, sondern gegen den Russen, nicht bis zur letzten Ampulle, sondern bis zur letzten Patrone.



# KONTEXT: Bündnis des Grauens

## WOCHENZEITUNG

Im Oktober 2020 posierte Andreas Ziegler mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel und dem Stuttgarter AfDler Andreas Mürter zwischen Bäumen. Spaniel und Mürter heben die Daumen, "Danke Andreas fürs Durchhalten" steht über dem Post auf Facebook. Verlinkt ist ein SWR-Beitrag zur Verurteilung zweier Antifas, die Ziegler und zwei weitere Mitglieder des rechten Vereins Zentrum Automobil (ZA) am Rande einer Corona-Demo im Mai 2020 zusammengeschlagen hatten. Das Verfahren endete für die Täter mit langjährigen Freiheitsstrafen.

Das ZA ist eine rechte Mini- und Mächtgern-Gewerkschaft aus Baden-Württemberg, gegründet 2009 von Oliver Hilburger, einem ehemaligen Mitglied der Rechtsrock-Band Noie Werte. Mit populistischen Parolen stänkert das ZA vor allem im Mercedes-Werk in Stuttgart Untertürkheim, mit wenigen Vertretern auch an anderen Standorten der Automobilindustrie, gegen die Corona-Politik.

Im April 2021 hatte der MDR ein Video veröffentlicht, eingeleitet mit den Worten: "In Sachsen proben Querdenker und Neonazis den Schulterchluss bei Corona-Demos, jetzt haben sie sogar eine gemeinsame Partei gegründet: Freie Sachsen". Die waren damals noch unbekannt, gegründet im Februar 2021, stilisieren sie sich als "Kämpfer für die Freiheitsrechte" und gegen die Corona-Maßnahmen, seit Juni 2021 wird die Partei vom sächsischen Verfassungsschutz beobachtet. Deren Tätigkeiten seien "objektiv geeignet, die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer zentralen Wesenselemente zu beseitigen oder zu beeinträchtigen", schreibt der Dienst. Die Freien Sachsen sind inzwischen ein fester Bestandteil der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen und mobilisieren breit gegen die Corona-Maßnahmen ... Und bei den Freien Sachsen mit dabei: Zentrum Automobil.

Und irgendwas von alledem scheint der AfD-Parteispitze dann zu rechtsextrem gewesen zu sein. Die Partei setzte Zentrum Automobil im September auf die Unvereinbarkeitsliste und schrieb AfD-Mitglied Andreas Ziegler wenig später einen Brief: Seine Parteimitgliedschaft sei widerrufen, weil er Mitglied des Zentrum Automobil sei. Und jetzt, wo das geklärt ist, fallen die Hüllen.

Das Zentrum Automobil hat sich mit dem "Impfstreik-Bündnis Deutschland" ein echtes Bündnis des Grauens geschmiedet: der Aufruf wird gemeinsam mit dem "Compact"-Magazin, den rechtsextremen "PI-News", den Freien Sachsen und der "unabhängigen Wochenzeitung" "Demokratischer Widerstand" verbreitet. Letztere wurde ganz zu Beginn der Pandemie von teils radikal Linken aus der Taufe gehoben und ist kurz darauf im Geschwurbel von Ken Jebsen und den Querdenkern aufgegangen. Mittlerweile hat der "Demokratische Widerstand" den Schulterchluss mit dem extrem rechten Milieu vollzogen.

Auf dem Telegram-Kanal, der das "Impfstreik-Bündnis Deutschland" bewirbt, gibt es auch Videos. Eines beispielsweise zeigt, unterlegt mit trauriger Musik, mutmaßliche Soldaten "im Widerstand". Einer steht vor einem Grab eines "Opfers der Corona-Politik" und sagt mit Grabesmiene: "Wenn ihr auch hier liegt, könnt ihr die Frauen und Kinder nicht mehr verteidigen." Ein anderes erklärt mit animierten Figuren das Prinzip des Generalstreiks. Tankstellen, Supermärkte, Busse, Bahnen: "Schon zwei oder drei selbstständig denkende Menschen an der richtigen Stelle, können ganze Lieferketten zusammenbrechen lassen." Und: "Wieviele verprellte Mitarbeiter braucht es, bis zum Beispiel ein Stromkraftwerk runterfahren muss?" "Impfstreik, wir sind bereit" heißt es auf dem Kanal. Der Impfstreik sei die "schärfste Waffe der Gewaltlosen".



Das "Compact"-Magazin ist das Sprachrohr der Neuen Rechten und spielt eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung der Impfgegner. Der Verfassungsschutz bewertet es nun nicht mehr als Verdachtsfall, sondern als gesichert extremistisch.

Mobilisierung zum Widerstand ist das zentrale Anliegen von "Compact", und nicht nur, wenn es um die Corona-Schutzmaßnahmen geht. Inhaltlich tritt "Compact" als Sprachrohr und reichweitenstarke Plattform der sogenannten Neuen Rechten auf. Chefredakteur und Geschäftsführer ist Jürgen Elsässer, einer der zentralen Akteure der neurechten Szene.

"Compact" besteht aus einem Magazin, einem Online-Auftritt und einer Sendung namens "Compact TV", die tagesaktuell von Montag bis Freitag produziert wird. Nach eigenen Angaben hat das Heft eine Auflage von 40.000. Ausdrücklich grenzt man sich von den "Mainstreammedien" ab. Diffamierungen wie "Lügenpresse" und "Systemmedien" sind an der Tagesordnung. "Compact" hingegen bietet "ehrlichen Journalismus in Zeiten der Lüge". Chefredakteur Elsässer macht aus seiner engen Verzahnung mit rechtsextremen Organisationen wie Pegida oder der Identitären Bewegung gar keinen Hehl, wie auch nicht aus seiner Nähe zur AfD. In der Magazin-Ausgabe von Januar 2018 brachte er es auf diese Formel: "Alle zusammen in großer Einheit: Pegida, IB, AfD, Ein Prozent, Compact! Fünf Finger, alle kann man einzeln brechen, aber alle zusammen sind eine Faust!"

Elsässer tritt als Redner bei Veranstaltungen von Pegida in Sachsen oder "Zukunft Heimat" in Brandenburg auf, beide werden von den jeweiligen Verfassungsschutzbehörden als erwiesene rechtsextremistische Bestrebungen beobachtet. Bei der AfD steht er insbesondere dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke nah, bezeichnete ihn als "Hoffnungsträger" für die AfD.

Immer wieder wird das Narrativ vom "Volksaustausch" oder der "Umwolung" bedient, dem ganze Sonderhefte gewidmet werden. Bei Demonstrationen der Corona-Protestbewegung tritt Elsässer regelmäßig in Erscheinung und bedient Verschwörungsmymen rund um das Coronavirus.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigte der ARD, dass "Compact" nunmehr als gesichert extremistische Bestrebung bearbeitet wird. Bisher galt "Compact" lediglich als Verdachtsfall. "Die Compact-Magazin GmbH trägt Positionen und Aussagen in die Öffentlichkeit, die eindeutig als völkisch-nationalistisch sowie minderheitenfeindlich zu bewerten sind", teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz mit. "Die Äußerungen enthalten wiederholt antisemitische Verschwörungsmymen und islamfeindliche Motive. Die Corona-Schutzmaßnahmen werden als "Corona-Diktatur" diffamiert. Immer wieder ist von "gesetzlosen" Politikern und einer "Regentschaft der Gesetzlosen" die Rede. Dieses "Regime" müsse gestürzt werden, heißt es. Mit seiner Corona-Kritik seit 2020 will Compact offensichtlich anschlussfähig werden/sein an die aktuelle Corona-Protestkultur.

## Die Corona-Demos vom 1. & 2. Januar 2022

Am 1. und 2. Januar 2022 (Samstag & Sonntag) waren die Teilnehmendenzahlen, verglichen mit den Wochenenden des Dezembers 2021, geringer.

(Unvollständige) Liste aus der Tagespresse zusammengesucht, +/- von Süd nach Nord sortiert:

Überlingen (1.600), Ravensburg (300), Passau (500), Regensburg (1.500),  
Füssen (250), Schweinfurt (1.000), Neumarkt/Oberpfalz (2.000), Landshut (500),  
Augsburg (1.000), Germersheim (150), Saarbrücken (6.500), Fulda (350),  
Frankfurt/Main (200), Koblenz (2.000), Düsseldorf (6.500), Dorsten (100),  
Osnabrück (2.000), Hannover (30), Verden (120), Flensburg (600)

In Sachsen und Thüringen hatten jeweils nur rund 1.500 Personen an Corona-Protesten teilgenommen. Gemessen an den Zahlen aus den vergangenen Wochen ein deutlicher Rückschritt. Bemerkenswert war hier die offen gelebte Nähe zwischen Rechter Szene und Corona-Szene ... was bei dem Erfolg, den die *Freien Sachsen* seit Monaten vorweisen konnten, allerdings nicht wirklich erstaunte.

Ein Beispiel aus Zwönitz im Erzgebirge vom 1. Januar 2022: Rund 400 Teilnehmende, kaum Polizei, Bengalos und ein Fronttransparent, bei dem es keine Missverständnisse gab: „*Großer Austausch, Great Reset, Nieder mit dem Globalistendreck*“. Die Rechte Szene nahm hier eine zentrale Stellung ein.

**TAG24**

### CORONA-DEMO IM ERZGEBIRGE: ERST "SPAZIERGANG", DANN GROSSES FEUERWERK

01.01.2022 21:21

Zwönitz - Auch an Neujahr sind im Erzgebirge wieder Hunderte Corona-Maßnahmen-Gegner auf die Straßen gegangen. Die Polizei war diesmal offenbar kaum präsent.

Mit Plakaten und Trillerpfeifen liefen am Samstagabend Hunderte Bürger durch Zwönitz. "Frieden, Freiheit, keine Diktatur", riefen die Teilnehmer, während sie quer durch die Stadt liefen.

Der Protest richtete sich gegen die aktuellen Corona-Maßnahmen und gegen eine drohende allgemeine Impfpflicht.

Erlaubt ist ein solcher "Corona-Spaziergang" wegen der aktuellen Corona-Verordnung nicht. Die Polizei war laut TAG24-Informationen allerdings kaum präsent, lediglich ein Streifenwagen soll den Demo-Zug begleitet haben.

Am Zwönitzer Marktplatz endete die Tour mit einem großen Knall. Hier packten einige Teilnehmer Handfackeln, sogenannte Bengalos, und andere Feuerwerkskörper aus und zündeten diese - auch das ist derzeit nicht erlaubt. Den Teilnehmern war das offenbar egal, sie applaudierten und feierten die Knall-Aktion.



## Die „Montagsspaziergänge“ vom 3. Januar 2022

Auf den einschlägigen *telegram*-Kanälen waren, nach Bundesländern getrennt, „Montagsspaziergänge“ im Vorfeld an unübersichtlich vielen Orten aufgelistet:

*Baden-Württemberg bewegt* (150 Orte), *Freie Pfälzer* (80), *Protest Hessen* (110), und *Freie Sachsen* (130).

Die *Freie Linke Zukunft*, die nach eigenen Angaben „einzige maßnahmenkritische Linke gegen das Ausnahmezustandsregime“, hatte anhand der von ihr im Vorfeld ermittelten Zahlen ein „weiteres Anwachsen der Proteste“ prognostiziert.

 Kanal Freie Linke Zukunft  
3.02K subscribers

2. Januar 2022

Deutschland schnürt die Stiefel: über 1200 angekündigte »Montagsspaziergänge«

Für morgen, Montag, den 3. Januar sind in Deutschland laut den Listen der Initiative »Montag für Demokratie« knapp über 1200 »Montagsspaziergänge« angekündigt.

Mit 176 gelisteten Treffpunkten liegt Baden-Württemberg vor Bayern mit 170 an der Spitze, gefolgt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit 152 bzw. 149 vor Sachsen mit 147. Hessen folgt mit etwas Abstand mit 105 gelisteten »Spaziergängen«. Dann folgen die weniger dicht besiedelten Bundesländer angeführt vom nördlichen Schleswig-Holstein (66) vor dem zentral gelegenen Thüringen (54) und Rheinland-Pfalz (44), gefolgt von Sachsen-Anhalt (39), Brandenburg (31), Mecklenburg-Vorpommern (26) und dem Saarland (9).

Aus den Städten werden 19 Treffpunkte aus Hamburg, 16 aus Berlin und zwei aus Bremen gemeldet.

Die Zahlen sind selbstredend unvollständig. Zieht man die Dynamik der letzten drei Wochen in Betracht und den hier berichteten Anstieg der Anzahl der gemeldeten Treffpunkte, dann ist für morgen wohl mit einem weiteren Anwachsen der Proteste gegen die autoritären sogenannten »Corona-Maßnahmen« zu rechnen.

Die bundesweite Resonanz bei den ersten „Montagsspaziergängen“ des neuen Jahres war bemerkenswert. In Karlsruhe waren es etwa 600 SpaziergängerInnen gewesen, für die hiesigen Verhältnisse sehr viel. Aber auch in Kleinstädten, deren Namen kei Sau (badisch für: niemand) kennt, waren Hunderte auf der Straße. Und bundesweit war seitens der Politik offensichtlich dieselbe Marschrichtung an die Polizei ergangen: Nur begleiten, nicht stressen, sondern es geschehen lassen.



In Karlsruhe waren keine Masken getragen worden, die 150cm waren nicht immer eingehalten, aber es wurde auch nicht Arm in Arm gegangen. Man lief stressfrei nebeneinander her. Auffällig war, dass die Menge immer wieder ohne äußerlich erkennbaren Grund applaudierte: Offenbar als unangreifbarer Ersatz für Plakate bzw. Parolen. Hier dürfte es via Internet interne Vorabsprachen gegeben haben.

Die BNN schrieben<sup>4</sup>, dass laut Polizei „offiziell keine Versammlung angemeldet“ gewesen sei. Die Menge „zog pfeifend und klatschend durch die City. Kerzen waren anders als bei den bisherigen sogenannten Spaziergängen wenige zu sehen. Die Polizei löste den Zug nicht auf“.

Die Demoteilnehmenden entsprachen optisch der *Querdenken721*-Klientel: Also bürgerlich anmutende Menschen zwischen 30 und 60 ohne Migrationshintergrund.

Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
 In #Karlsruhe wurde für untersagten Coronaleugner-"Spaziergang" ab 18.00 am Markt- und Stephansplatz mobilisiert. Die Polbscheint entschlossen, ist 10 min vor Beginn mit 8 Fahrzeugen am Marktplatz präsent.



Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
 #Karlsruhe Marktplatz jetzt zwischen 120 und 150 Personen lose über den ganzen Platz verteilt.  
 Alle Reaktionen von Belustigung bis Empörung über PolPräsenz



Die Spaziergehenden hatten den Marktplatz als Sammelplatz genutzt. Dort standen zehn Sprinter incl. Besatzung herum, während die unangemeldete Demo kreuz und quer durch die Innenstadt zog. Am Kopf und am Ende des Zuges fungierten unauffällige, demoerfahrene Personen als ImpulsgeberInnen, wenn eine Richtungsentscheidung anstand. Von 18.30 bis 19.30 Uhr lief die Polizei noch nicht einmal nebenher. Sie war unsichtbar bis auf einen Steifenwagen, der den Europaplatz abschirmte. So bewegte sich der Demozug zwischen Marktplatz und Europaplatz gut gelaunt hin und her. Die Stimmung war freudig-friedlich .... der kollektive Spaziergang endete am Marktplatz, wo man sich dann, wie einem geheimen Zeichen folgend, um 19.30 Uhr spontan & unauffällig auflöste.

Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
 1. Durchsage, nach gestoppter Wanderbewegung Richtung Kaiserstrasse. Kündigen Personaliaufnahme, Anzeigen, Platzverweis an, sind aber zahlenmäßig nicht in der Lage, das auch durchzuführen. Umstehende ziehen NS-Vergleiche. Danach sammelt sich Pol untätig #Karlsruhe



0:26 158 Mal angezeigt

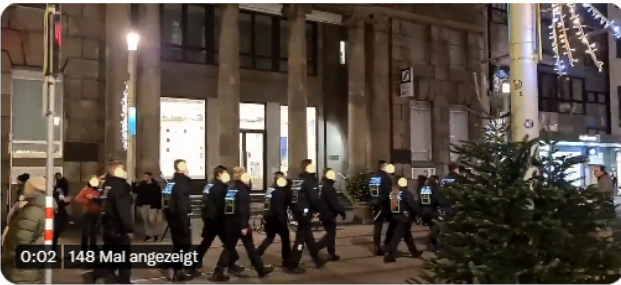
Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
 1828 Pol beginnt Umschliessung auf der Kaiserstrasse, nach vorne scheint aber offen zu sein. Menge bewegt sich weiter. Pol folgt. Biegt ab in Ritterstrasse. Pol völlig unterbesetzt, bekommt trotz markiger Ansagen keinen Kessel aufgestellt



0:32 189 Mal angezeigt

<sup>4</sup> <https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/rund-500-menschen-demonstrieren-in-karlsruhe-gegen-corona-massnahmen>

Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
1834 Pol entfernt sich unter dem Beifall der Querdenker.  
Unentschlossen Herumgestehe auf der Kaiserstrasse



Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
Kleiner Ggprotest auf dem ansonsten weitestgehend leeren Marktplatz



Die Polizei indes filmte, auf welcher Rechtsgrundlage auch immer, auf dem Marktplatz ohne Unterlass: Ein Kameramann, zwischen neun schutzpostierten Cops, auf die niemand achtete. Treffender hätte man den Nonsens jener Situation nicht im Bild fassen können: Wäre die Karlsruher Polizei ihren seit vielen Jahren gewohnten Kurs der hirnlosen Eskalation gefahren, hätte sie unter sehr viel Hektik vielleicht 50 Personen irgendwo irgendwann kesseln können und dabei diverse unschöne Bilder für Media und Social Media geliefert – und dabei die Abstände noch zusätzlich verkleinert.

Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
Katz und Maus mit der Polizei, die hier eher in der Rolle der Maus erscheint...  
Sperre am Marktplatz, der Aufzug dreht einfach um und biegt ab



Herder @Herder\_N · #ka0301 3. Januar 2022  
Zurück am Markt, pol filmt v Rand, bleibt ansonst. passiv.  
Kernige Ansagen - nix als heiße Luft. Querdenker freuen sich über die Überforderung der Pol. Katastrophale Einsatztaktik.



Angesichts ihrer deutlichen Unterzahl war es seitens der Polizei eine weise Entscheidung gewesen, sich passiv zu verhalten. Zumal es bei Dunkelheit und bei den sonstigen Menschenbewegungen in der Innenstadt sehr viel Wirbel verursacht hätte, den Teilnehmenden hinterher juristisch stichhaltig nachzuweisen, dass sie Teilnehmende gewesen waren.

Der Kölner Stadtanzeiger schrieb am 4. Januar 2022:<sup>5</sup>

Eine Demo muss hierzulande nicht zwingend im Vorfeld angemeldet werden, sie kann auch spontan stattfinden. Die bloße Teilnahme daran ist weder strafbar noch eine Ordnungswidrigkeit. Haftbar wäre bei Verstößen im Zweifel nur der Versammlungsleiter, der benannt werden oder sich bei Veranstaltungsbeginn bei der Polizei melden müsste. Auf all das verzichten die „Montagsspaziergänger“ aber. Stattdessen verbreiten sie untereinander Aufrufe zu Treffpunkten und Uhrzeiten auf Plattformen wie Telegram oder Twitter. Am Abend selbst suchen sich die „Spaziergänger“ spontan ihre Wege durch die Innenstadt, entweder alle gemeinsam oder in mehreren Kleingruppen – mal geht die voran, mal jener. Das macht es für die Polizei schwierig.

<sup>5</sup> <https://www.ksta.de/koeln/proteste-in-koeln-polizei-loest-corona--spaziergang--am-dom-auf-39355044?cb=1641277078384&>



Drei Fotos des Twitter-Users "Demogezwitscher"

Abschließend konnte man sich nun fragen, warum die Stadt Karlsruhe eine Allgemeinverfügung erlassen hatte zum Verbot aller unangemeldeten Coronaproteste, wenn sie dann, trotz einer Woche Vorlaufzeit, nicht für die Umsetzung sorgte. Hinzu kam, dass an jenem Tag (seit Ende November 2021) die sogenannte „Alarmstufe 2“ galt, also 2G oder 2G+ in den meisten Bereichen des öffentlichen Lebens inklusive Obergrenzen bei Zusammenkünften von 50 Personen (wenn alle geimpft oder genesen sind) und einer Sperrstunde für die Gastronomie ab 22.30 Uhr und geschlossenen Clubs und Diskotheken. Bei privaten Zusammenkünften mit einer ungeimpften Person galt (auch im Freien): Nur ein Haushalt und zwei weitere Personen. Mit anderen Worten: Selbst ein privater Spaziergang von 5 statt 500 sich fremden Personen wäre an jenem Abend verboten gewesen.

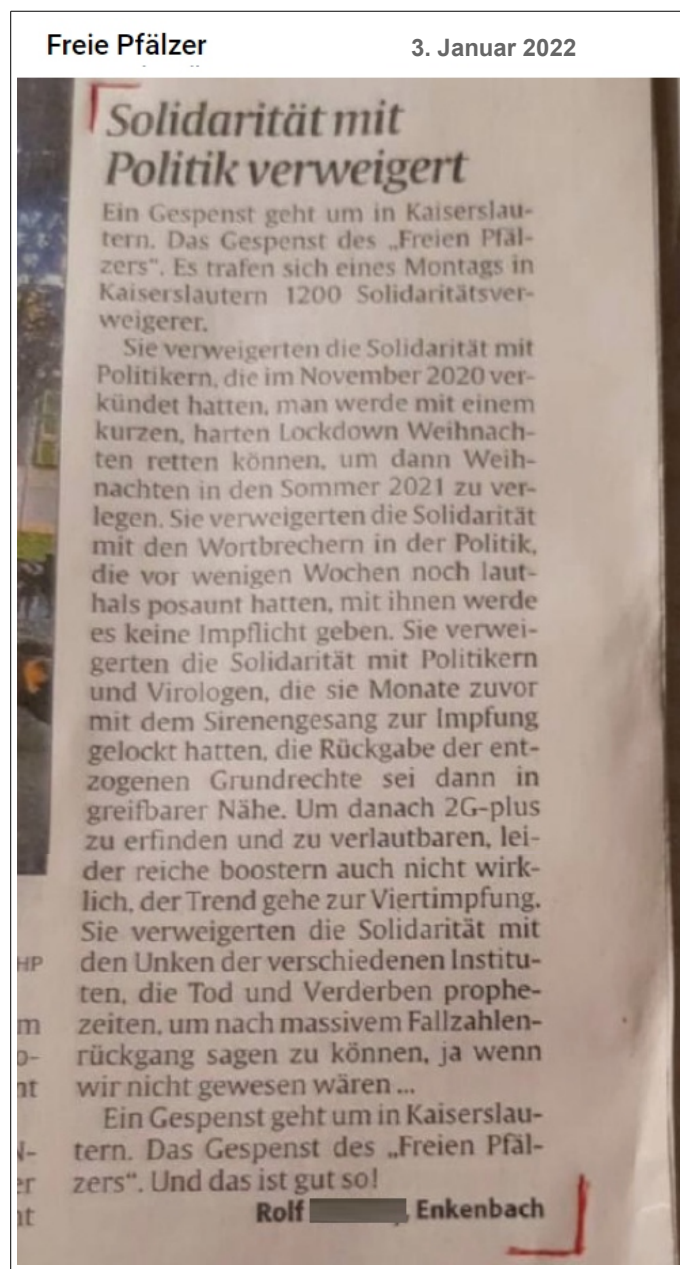
Die *dpa* berichtete von „Zehntausenden“, die bundesweit an den meist unangemeldeten „Montagsspaziergängen vom 3. Januar 2022 teilgenommen hätten<sup>6</sup>: 10.000 in Bayern, 17.000 in Thüringen und 12.000 in Mecklenburg-Vorpommern. Ähnliches dürfte für NRW, Niedersachsen und die Pfalz gelten: Allein für Baden-Württemberg meldete der SWR 50.000 Demonstrierende. Die 100.000 waren bundesweit überschritten worden.

Der Ablauf des Abends in Karlsruhe verdeutlichte, dass das Gesamtproblem nicht polizeilich zu lösen war, sondern gesellschaftlich.

<sup>6</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-aktuell-inzidenz-rki-demos-1.5500018>

Ein Leserbrief aus dem Pfalz-Boten vom 3. Januar 2022 fasste die Stimmung in der Corona-Szene gut zusammen ... und auch das vielfache Ausblenden der ideologischen Überschneidung der *Freien Pfälzer* mit den *Freien Sachsen*.

Die telegram-Seite *Freie Pfälzer*, vermutlich ein Ein-Personen-Projekt, fungierte in der Pfälzer Corona-Szene als Multiplikator.



Viele Zeitungen schrieben am 4. Januar 2022 von einer Minderheit, die am Vortag auf den Straßen gewesen sei .... in einem Land mit nur durchschnittlich entwickelter Demokultur wie Deutschland eine eher kühne Behauptung: Diejenigen, die demonstrierten zu vergleichen mit denen, die es nicht getan hatten.

Es wäre interessant gewesen zu wissen, wie viele der Demonstrierenden vom 3. Januar 2022 geimpft waren. Aber dazu fanden sich zu jenem Zeitpunkt keine Erhebungen.